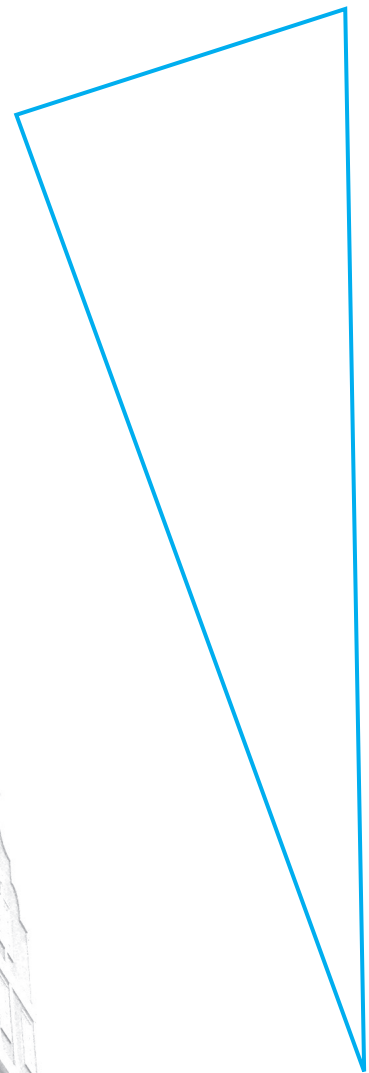


# HVCH

Humboldt Universität collected Highlights



# EDITORIAL

Liebe sonnenhungrige und temporär relaxte LeserInnenschaft,

Geschafft! Es ist soweit und die Semesterferien haben endlich begonnen. Doch wofür all die Plaquerei, wenn der richtige Sommer ausbleibt? Das große sommerliche Berliner Versprechen, das magisch eine Unzahl an TouristInnen, Abenteuerlustige und allseits fanatische Berlin-Begeisterte anzieht, bleibt aus und was eine\_r/m begegnet ist ein Wechselbad der Gefühle: kurzfristige Wonnen werden durch mittelfristig waltende Aggressionen abgelöst. Regen, Wolken, Regen, Sonne, Regen. Doch wer braucht schon Sonne, wenn er\_sie einfach einmal entspannen will? Die Hand, die noch vor guten zwei Wochen eifrig den Griffel hielt und das kurz zuvor gelernte auf Papier brachte, einfach einmal ruhen lassen, alle Viere von sich strecken, die neuen Lieblingsserien einschalten, mit FreundInnen kochen oder einmal wieder beim tausendsten Umzug helfen, die neuen Ausstellungen dieser Stadt begutachten, durch die Clubs und Kneipen jagen oder auf Sankt Balkonien auch bei trübem Wetter eine Berliner Weise mit zurückgekehrten ErasmuslerInnen zischen. Eben, geht doch!

Geht das wirklich? Wer denkt, dass das Semester seine Türen Mitte Juli schließt hat sich gewaltig getäuscht. Seminararbeiten und Essays müssen geschrieben werden, das nächste unbezahlte Praktikum steht an und auch der Nebenjob kennt kein Semesterende. Weite Reisen, sorgenfreie Wochen unbeschwerter Kontemplation oder gar ein neues Liebesabenteuer, das die Zeit zum Stillstand bringt, scheinen fern. „Das Studierendenleben ist die schönste Zeit in deinem Leben“, sagte meine Mutter immer. Heute hat sie wohl ihre Meinung geändert. Denn sie weiß wenigstens, wann sie sich dem Amüsement und Plaisir widmen kann, aber weiß ich das?

Doch wir stecken den Kopf nicht in den Sand, wir sind ja seit kurzem exzellent! So geht es auch für die HUch! Redaktion weiter und wir bescheren euch noch zum Ferienbeginn ein wenig Lesevergnügen für die geplagten studentischen Gehirnzellen. Sogleich geht es los mit dem zweiten Akt unseres hochschulpolitischen Rückblicks auf die vergangenen zehn Jahre rot-roter Senat in Berlin. Gefolgt von einem Einblick in das Selbstverständnis der Frauen- und Geschlechterforschung, bei dem die Frage über die gegenseitige Beeinflussung von politischen Ansprüchen und akademischen Betrieb ganz oben auf der Tagesordnung steht. Dann geht es weiter in die Gefilde der zerstrittenen Burschenschaften. Was wurde eigentlich bei der Auseinandersetzung zwischen liberal und rechtsgesinnten Burschis übersehen? – das Referat für Antifaschismus plaudert etwas aus dem Nähkästchen. Doch noch nicht genug, mit großem Sprung geht es weiter in den Iran. Mit einem Plädoyer zur Einmischung, dass das Leiden von Studierenden und der Zivilgesellschaft nicht übergeht, beschließt das Referat für Internationalismus den inhaltlichen Teil der druckfrischen Stilblüten. Dringend Beratungsbedürftige können selbstverständlich gleich auf die letzten Seiten blättern und werden über die kommenden Termine der Rechtsberatung als auch über die Sprechstunden des studentischen Sozialberatungssystems informiert.

Ahoi und kommt gut über den Sommer!

Eure HUch! Redaktion

## INHALT

*S. 4 10 Jahre Rot-Rot*

Ein hochschulpolitischer Rückblick in 2 Akten.

*S. 6 Wege zur feministischen Forschung*

Ein Gruppeninterview zum Selbstverständnis der Frauen- und Geschlechterforschung.

*S. 9 Kein alter Hut*

Über Burschenschaften in Berlin.

*S. 11 Flucht aus der Islamischen Republik*

Wieder den Kulturrelativismus. Ein Beitrag zu einer akademischen Debatte.

# Achtung Umzug



Wegen Renovierungsarbeiten zieht der Referent\_innenrat vorübergehend in die Dorotheenstraße 28.  
Alle Infos zu Öffnungszeiten und Erreichbarkeit findet Ihr auf der Homepage: [www.refrat.de](http://www.refrat.de)

# 10 Jahre Rot-Rot

## Ein hochschulpolitischer Rückblick in 2 Akten

A. R. Beiterkind

### 2. Akt

Nachdem in der letzten Ausgabe der HUch! über die Ausgangsbedingungen des rot-roten Senats, Studiengebühren und das Bachelor/Master System berichtet wurde, folgt nun der zweite Teil des hochschulpolitischen Rückblicks und informiert über bildungspolitische Hinterlassenschaften des rot-roten Senats in Berlin.

#### This is what democracy looks like!

Auch in Sachen Hochschuldemokratie hat sich wenig getan. Weder wurde die professorale Mehrheit<sup>1</sup> in allen wichtigen Universitätsgremien beseitigt, noch irgendeine andere Art der Machtbeschneidung von Rektor\_innen und Präsident\_innen. Im Gegenteil, sie wurde sogar noch ausgebaut, indem die „alten“ Kuratorien der Hochschulen abgeschafft wurden und Studierende weitere Einflussmöglichkeiten genommen wurden. Aber wozu die wenigen Richtlinien des BerIHG befolgen, die Studierenden (und anderen Statusgruppen) ein Mindestmaß an Mitbestimmung ermöglichen, wenn man den demokratischen Ballast auch getrost über Bord werfen kann? Möglich macht das die sog. Erprobungsklausel<sup>2</sup>, durch die der Rest Mitbestimmung abgeschafft ... äh ... „neue Governancemodelle“ ausprobiert werden können, da erhebliche Teile des BerIHG einfach durch Beschluss des Akademischen Senates außer Kraft gesetzt werden können.

#### KISS MY zul-ASS-ungsbescheid!

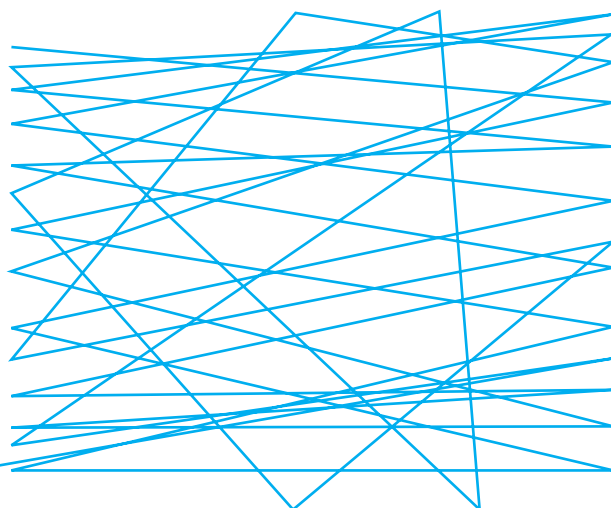
Geändert wurde auch das Berliner Hochschulzulassungsgesetz. Es regelt wer aus welchen Gründen an die Hochschule kommt. Grundsätzlich könnte man denken, dass hier das Hauptaugenmerk einer rot-roten Regierung liegen müsste, die sich für soziale Gerechtigkeit (zumindest) im Bildungszugang interessiert.

Zu den vielen einzelnen selektiven Faktoren, wurde schon an anderer Stelle genug gesagt<sup>3</sup>, auf zentrale Fehlentscheidungen soll jedoch hier noch einmal eingegangen werden.

Noch bevor Studierwillige überhaupt die Möglichkeit haben an einer Hochschule zu studieren, müssen sie das Abitur erreichen. Arbeiter\_innenkindern gelingt dabei die allgemeine Hochschulreife (45%) deutlich weniger oft als Akademiker\_innenkindern (81%)<sup>4</sup>. Um die Un-

gerechtigkeit zu mildern, ermöglicht § 11 BerIHG den Zugang auch ohne Abitur. Ganz dem elitären Denken verfallen darf aber nicht jede\_r sofort studieren, sondern muss erst eine Ausbildung plus eine dreijährige Berufserfahrung (bis 2011 fünf Jahre) haben, Vollzeit versteht sich. Eine gesetzliche Notwendigkeit für die Berufserfahrung gibt es indes nicht. Aber es soll ja auch nicht jede\_r Dahergelaufene an einer Berliner Hochschule studieren können. Davor wird erst einmal Leistung verlangt, damit niemand vergisst, wo er\_sie herkommt.

Bis 2005 galt bei der Hochschulauswahl das Prinzip, dass Studienplätze zu gleichen Teilen nach der sog. „Leistung“ (entspricht der Abiturnote) und der Wartezeit vergeben werden. Gute Noten haben statistisch gesehen vor allem Schüler\_innen aus wohlhabendem Elternhaus. Je höher das Einkommen, umso höher die Erfolgswahrscheinlichkeit in der Schule. Klingt elitär, ist auch so<sup>5</sup>. Zuletzt hat das sogar die Bertelsmann Stiftung festgestellt<sup>6</sup>. Um einen gerechteren Zugang zur Hochschule zu ermöglichen, dürfte also genau nicht (!) das elitäre Kriterium „Leistung“ beim Hochschulzugang gestärkt werden. Geschehen ist aber genau das. Mit der Reform des BerHZG 2005 wurde, als Vorreiter des Bundestrends, den Hochschulen die Möglichkeit eingeräumt, ihre Studierenden zu 60% selbst auszuwählen. Dazu können Studierfähigkeitstest, gewichtete Einzelnoten und vor allem die „Leistung“ hinzugezogen werden. Die restlichen Studienplätze werden zu je 20% nach „Leistung“ und Wartezeit vergeben. Das heißt, dass praktisch 80% der Studienplätze nach „Leistung“ vergeben werden, zu Lasten der Wartezeit mit nur noch 20%. Das schlägt sich in Ergebnissen nieder, da heute nur 24% der Studierenden aus der sog. bildungsfernen Schicht kommen, statt 26% im Jahr 2003<sup>7</sup>.



### This is what democracy looks like - again

Die Geschichte hat gezeigt, dass (nicht nur) Studierende immer wieder für die elementarsten Rechte auf die Straße gehen mussten und müssen, auch wenn es immer öfter nur ein Abwehrkampf zu sein scheint, der sie auf die Straße treibt. Folglich hat die Handhabung z.B. des Demonstrationsrechtes Auswirkungen auf die Verwirklichung dieses Grundrechtes.

Zwar bekam das Land mit der Förderalismusreform die Möglichkeit ein eigenes Versammlungsrecht zu erlassen, jedoch nutzte der rot-rote Senat diese Möglichkeit nicht. Folglich muss die Ausgestaltung durch die Polizei, welche dem Senat untersteht und welcher die Richtlinien erlässt, analysiert werden. Nach und nach wurden bei Demonstrationen immer mehr Auflagen erlassen. Diese wurden mittlerweile standardmäßig auch bei einer Demonstration zu „Bildungspolitik und G8“ des Referent\_innenrates erlassen. Dort durften weder Stahlkappen noch Transparente mit einer Gesamtlänge größer als 1,5m getragen werden. Fraglich ist, welche Meinungen auf einem Transparent vermittelt werden können, dass deutlich kleiner ist, als der/die kleinste Berliner Polizist\_in<sup>8</sup>. Blödsinn befand auch das Berliner Verwaltungsgericht und gab dem Refrat in einer Eilentscheidung Recht. Seitdem ist diese Grenze für alle Berliner Demonstrationen hinfällig, ebenso wie die Stahlkappenregelung.

Nicht unerwähnt bleiben soll ein von der Polizei aufgelöstes Pressegespräch zum Bildungsstreik 2009 indem einfach alle Teilnehmer\_innen egal ob Studierende oder Pressevertreter\_innen in Gewahrsam genommen wurden<sup>9</sup> sowie unzählige rechtswidrig aufgelöste Spontandemonstrationen und Eilversammlungen.

#### Fußnoten:

1 Die professorale Mehrheit wurde durch ein heftig umstrittenes Urteil des Bundesverfassungsgerichtes 1973 eingeführt, könnte aber durch Landesrecht erneut geprüft werden.

2 § 7a BerlHG

3 HUch! Nr. 68, S. 4-5

4 19. Sozialerhebung S. 104

5 Jede Ausgabe seit Beginn der OECD-Studie „Bildung in Deutschland“

6 Bertelsmann Stiftung, Chancenspiegel 2012

7 Vgl. 19. Sozialerhebung, S. 104 - 106

8 Siehe Einstellungskriterien Berliner Polizei: Mindestgröße Frau 1,60m, Mann: 1,65m

9 <http://de.indymedia.org/2009/05/251040.shtml>

### Home sweet home wird weggentrifiziert

Nicht vergessen werden darf, dass es zum Studierendenleben dazu gehört – vielleicht erstmals in den eigenen vier Wänden zu leben bzw. andere Wohnkonzepte (WG, Hausprojekt, Wagenplatz, Zelt usw.) auszuprobieren. Da Wohnen mittlerweile recht teuer ist, sollte nicht erst seit der aktuellen Gentrifizierungsdebatte bekannt sein. Doch anders als von Regierungen gerne behauptet, ist nicht zwangsläufig allein der freie Wohnungsmarkt an Mietsteigerungen schuld. Gerade unter dem rot-roten Senat wurde die größte kommunale Wohnungsgesellschaft mit mehreren 10.000 Wohneinheiten an private Investor\_innen veräußert, welche den Gesetzen des Kapitalismus folgend nicht zuerst das Wohl der Mieter\_innen, sondern die Höhe der Mieteinnahmen im Blick haben.

Auch die Politik des landeseigenen Liegenschaftsfonds sollte nicht außer Acht gelassen werden. Der Fond verwaltet die Grundstücke im Besitz Berlins. Durch die intransparente Vergabepolitik wurden Grundstücke zu Spottpreisen verschertelt, statt sie den Nutzer\_innen zur Verfügung zu stellen. Aufgrund der Praxis scheiterten Verhandlungen über Ersatzobjekte für studentische Wohnprojekte, wie der mittlerweile geräumten Liebigstraße 14, Teile der R94, der Wagenplatz „Schwarzer Kanal“ usw..

Vom sozialen Wohnungsbau unter Rot-Rot soll hier erst gar nicht geschrieben werden. 35 Sozialwohnungen in 10 Jahren abgeschafft oder verkauft sprechen eine deutliche Sprache ebenso wie das faktische Einstampfen der Wohnraumförderung (WBS-Schein), welche für sozial Schwache die Mieten erschwinglich halten sollte.

Allein diese Beispiele zeigen, dass der rot-rote Senat in seiner zehnjährigen Amtszeit deutlich zur Verschlechterung von Studienzugang, Studienbedingungen, Grundrechten, Wohnungspolitik und damit der Lebenshaltungskosten beigetragen hat. Eine gerechtere Welt kann man vielleicht nur selber machen.



# Wege zur feministischen Forschung

Ein Gruppeninterview zum Selbstverständnis der Frauen- und Geschlechterforschung

Anna-Lin Karl

Doktorand\_innen der Frauen- und Geschlechterforschung grenzen sich nicht von feministischen Politiken jenseits der Akademie ab. Ihr politisches Selbstverständnis bildet sich vielmehr im Wechselspiel mit dem akademischen Betrieb und mit Strukturen wie Familie oder Polit-Gruppen. Das heißt, sie verorten sich inner- und außerdisziplinär.

Dies zeigen zwei Gruppeninterviews, die ich als Vorstudie zu meinem Dissertationsprojekt geführt habe. In meiner Doktorarbeit untersuche ich das Verhältnis von politischem Selbstverständnis und akademischen Strukturen in der Frauen- und Geschlechterforschung im deutschsprachigen Raum. Mich interessiert, inwiefern Fachvertreter\_innen politisiert sind und welche politischen Ansprüche sie innerhalb der Akademie verfolgen. Dieser Artikel soll anhand von einem Gruppeninterview Einblicke in meine Studie geben. Die analytische Annäherung erfolgt über drei kontroverse Diskussionsmomente, namentlich kulturell unterschiedliche Geschlechterverhältnisse (1), Inhalte und Kategorien der Frauen- und Geschlechterforschung (2) und feministische Veränderungen der Wissenschaft (3).

## Die Gruppe

Die interviewte Gruppe ist in ihrer sozialen und kulturellen Heterogenität nicht typisch für die deutschsprachige Frauen- und Geschlechterforschung und insofern geeignet, einen kritischen Blick auf interne Verhältnisse zu werfen. Etabliert haben sich bisher vorwiegend weiße Fachvertreter\_innen deutscher Herkunft.

Von den vier Interviewteilnehmerinnen positionieren sich Nora<sup>1</sup> und Olga, im westdeutschen Kontext. Pia und Rita verweisen auf ihre deutsch-afrikanische bzw. arabische Familie. Rita erwähnt darüber hinaus ihre Erfahrungen in der DDR als Kind politischer Flüchtlinge. Olga präzisiert, dass sie bei einer frauenbewegten Mutter aufwuchs, Nora wurde in einer „typischen Arbeiterinnenfamilie“ groß. Zwei der interviewten Doktorand\_innen haben heute eigene Kinder.

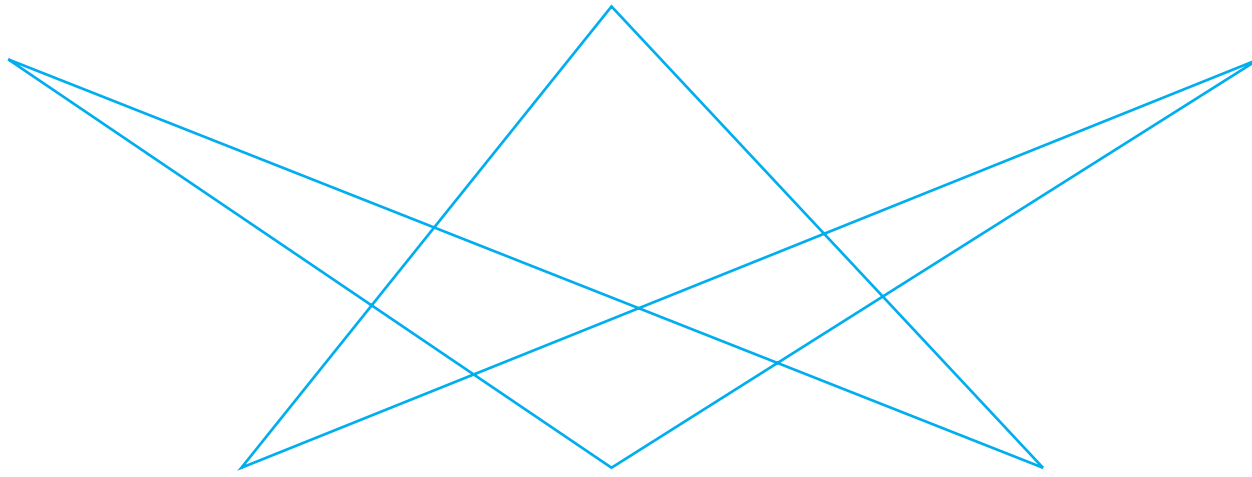
## Familiäre Politisierungen

„Ich find’s spannend, dass ihr auch so den familiären Hintergrund mit einbringt, weil ich das generell immer wichtig finde, aber in der Uni gar nicht als Thema erlebe.“ In der interviewten Gruppe ist das Bewusstsein und Interesse für verschiedene Ungleichberechtigungen im Laufe der Kindheit und Jugend gewachsen. Die Teilnehmerinnen sprechen wiederholt über ihre Familien-

prägungen und erwähnen dabei Klassenzugehörigkeiten und politische Orientierungen. Für Geschlechterfragen sensibilisierten die Herkunftsfamilien auf unterschiedliche Weisen. Einerseits beeindruckten Mütter und Großmütter, die unter schwierigen Umständen für den Unterhalt sorgten oder die sich nicht patriarchalischen Rollenmustern beugten. Andererseits kann der frauenpolitische Kampf der Mutter zu einer Antihaltung gegenüber Feminismus führen. Erst ein Auslandsaufenthalt, indem sie geschlechtsstereotype Verhaltensweisen reflektiert, weckte bei Olga ein eigenes Interesse an Geschlechterfragen. In der weiteren feministischen Sozialisation einiger der interviewten Doktorand\_innen spielen neben ADEFRA, einer Initiative Schwarzer Deutscher Frauen, auch feministische Zusammenschlüsse an Universitäten wie das FrauenLesben-Referat eine Rolle. Vor diesen verschiedenen politisierten Hintergründen schätzen die Doktorand\_innen heute die Frauen- und Geschlechterforschung, um sich theoretisch und auf verschiedenen Ebenen mit Diskriminierungen auseinanderzusetzen.

## (1) Unterschiede und Gemeinsamkeit

Die erste Kontroverse in der Gruppe entfacht sich um die Aussage, Deutschland sei ein Paradies. Es geht um die Beurteilung kulturell unterschiedlicher Geschlechterverhältnisse. Drei Positionen werden in der Fokusgruppe vertreten, die im Einzelnen sehr unterschiedlich stark zur Geltung kommen. Pia und Rita sprechen über das tägliche Gender Doing, das von Frauen in anderen Ländern verlangt und praktiziert werde: „Du kannst keine fünf Meter auf der Straße laufen, ohne dass du mit Sexismus konfrontiert bist: Begrüßung mit Knicksen. Nicht einfach ’ne Hose anziehen. Du bist komplett in dieser Frauenrolle.“ Rita ergänzt, dass das Gender Doing nicht nur auf der Straße, sondern auch innerhalb der Familie greife. Doch Nora macht auf heteronormative Zwänge aufmerksam, die im paradiesisch wirkenden Deutschland herrschen: „Ich krieg’ hier von Anfang an mit, als Frau muss ich Männer lieben, als Frau soll ich so aussehen.“ Anders berichtet Pia, dass sie sich in Deutschland rechtfertigen müsse, ein Kleid anzuziehen. Die Kontroverse um Geschlechterverhältnisse nimmt zeitlich großen Raum ein und endet mit einem Plädoyer für gegenseitige Anerkennung als Basis gemeinsamer Politik. Rita sagt: „Auf jeden Fall muss ich auch Deine Situation lernen zu akzeptieren, damit wir miteinander umgehen können. Es hilft uns nicht zu sagen: Ja, also wenn Ihr gesehen hättet, was wir erlebt haben.“



## (2) Analysekategorien pro und contra

Die zweite Kontroverse zwischen den interviewten Doktorand\_innen entsteht in Bezug auf die Inhalte der deutschsprachigen Frauen- und Geschlechterforschung. Einerseits wird die größtmögliche Einsetzbarkeit feministischer Theorie hoch gehalten, andererseits die uneingeschränkte Anwendbarkeit feministischer Kategorien stark bezweifelt. Diese Kontroverse erfährt eine besondere Dynamik. Obwohl darauf hingewiesen wird, dass die deutschsprachige Frauen- und Geschlechterforschung afrikanische Perspektiven eher vernachlässigt, halten Olga und Nora an der Offenheit feministischer Theorie fest. An dieser Stelle wird Pia ironisch, eine passgenaue Kategorie müsste erst erfunden werden, damit Olga und Nora zufrieden sind. Meines Erachtens wird über diese Ironie erstens thematisiert, dass die Kategorien der deutschsprachigen Frauen- und Geschlechterforschung nicht nuanciert genug sind, um alle Situationen zu erfassen. Zweitens wird angesprochen, dass es Kategorien braucht, damit bestimmte Themen in der Frauen- und Geschlechterforschung anerkannt werden. Mit anderen Worten, Definitionsmacht scheint entlang akademischer Kategorisierungen zu verlaufen und es ist die Frage zu beantworten, welche Beziehungen zwischen Wissen und Macht in der deutschsprachigen Frauen- und Geschlechterforschung existieren.

## (3) Feminist Turn?

Im Interview taucht letztlich die Debatte um den „feminist turn“ der Wissenschaft bzw. um den „academic turn“ der feministischen Forschung auf. Nora vertritt den feminist turn. Sie begrüßt, dass wissenschaftliche Theorien und Methoden auch durch die Frauen- und Geschlechterforschung verändert werden und verweist unter anderem darauf, dass feministische Artikel nicht nur in explizit feministischen Zeitschriften zu finden sind. Aber der Einfluss der Frauen- und Geschlechterforschung wird von den anderen Teilnehmenden nicht so hoch eingeschätzt wie von Nora. Olga spricht über negative Reaktionen, die sie in Bezug auf das Thema Frauen und Geschlecht bekomme. Pia vermisst Frauen- und Genderpublikationen in der Öffentlichkeit, wie zum Beispiel im Kiosk. Spezifische Orte wie Stiftungen oder Onlineportale müssen die Doktorand\_innen aufsuchen, um sich feministisch weiterzubilden. Olga meint abschließend: „Also ich glaub’, wenn man da drin ist, in dem feministischen Diskurs, dann kriegt man ganz viel mit. Aber wenn man da nicht drin ist, glaube ich, hört man das nicht viel“.

## Die Akademie entmachten

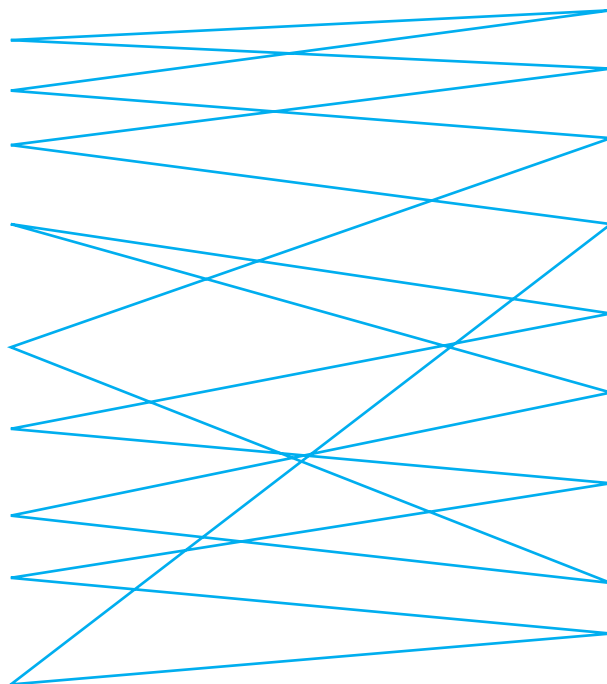
Den „academic turn“, das heißt die Frage, ob die Wissenschaft die Frauen- und Geschlechterforschung zuungunsten ihrer politischen Inhalte verändert, diskutieren die Doktorand\_innen nicht. Deutlich wird jedoch, dass sie den wissenschaftlichen Rahmen für die theoretischen Impulse schätzen und gleichzeitig der Wissenschaft keine Allgemeingültigkeit zuschreiben. Die Doktorand\_innen sind sowohl in ihren biographischen Rückblicken als auch in der derzeitigen Dissertationsphase offen für nicht-akademische Diskurse. Meines Erachtens stehen sie davor, die Selbstreflexion, Entmachtung und Öffnung wissenschaftlicher Strukturen fortzuführen.

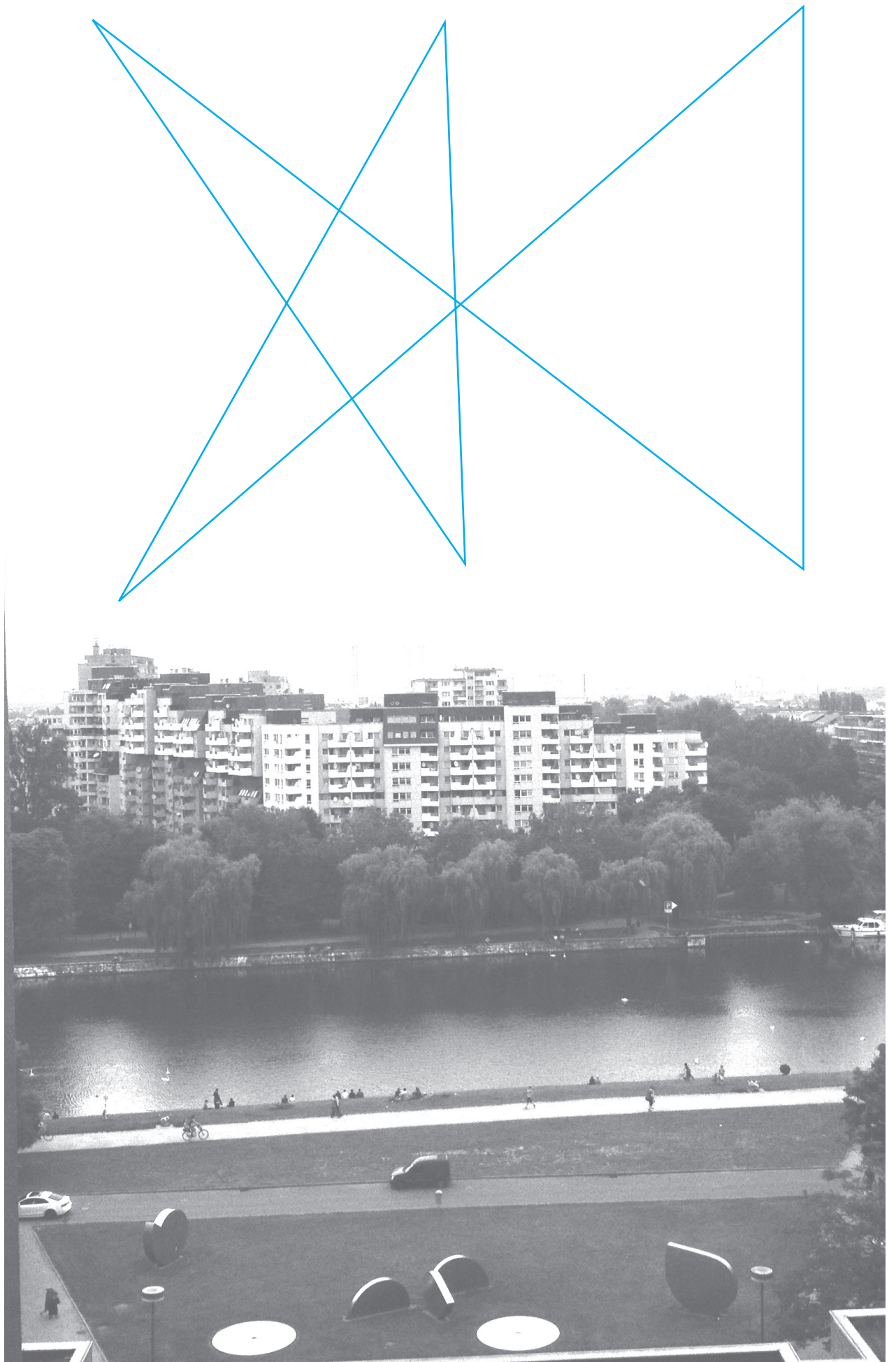
**Die Autorin studierte Romanistik und Gender Studies an der Humboldt Universität zu Berlin und arbeitet momentan an ihrer Doktorarbeit zum Thema: „Politische Abstinenz? Selbstverständnisse und Strukturen der akademischen Frauen- und Geschlechterforschung im deutschsprachigen Raum“.**

---

Fußnoten:

1 Die im Artikel verwendeten Namen sind erfunden







# Kein alter Hut

## Referat für Antifaschismus

### Über Burschenschaften in Berlin

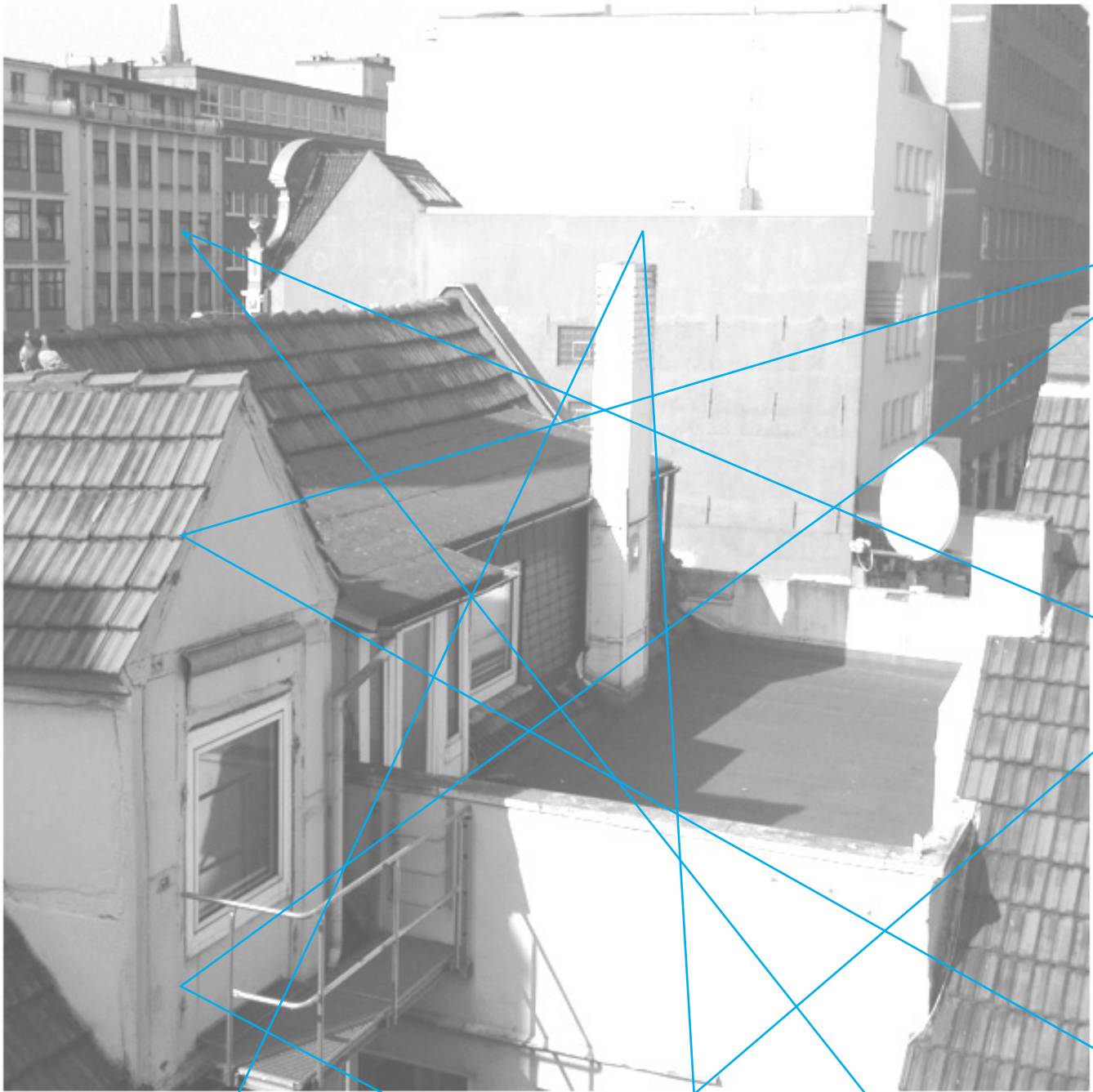
In den Medien kommt man dieser Tage nicht um Burschenschaften herum. Von rechtsextremen Tendenzen und Funktionären, aber auch von den Gegenreden und Bemühungen liberaler Burschen ist die Rede. Selten wurde wohl so ausführlich in Deutschland über diese anachronistisch wirkenden Gestalten diskutiert. Auffällig ist dabei, dass sich der liberal gelabelte Flügel der Burschenschaften – ganz dem bundesdeutschen Mainstream folgend – beflissen von rechten Burschen und ihren Verbindungen distanziert. Sympathien für Neonazis und gleichzeitig anerkannter Burschenschafter, das wollen viele Korporierte nicht mehr hinnehmen, sehen sie dadurch durchaus berechtigterweise ihr eigenes Ansehen beschmutzt. Die Deutsche Burschenschaft (DB), der große Dachverband deutschsprachiger Burschenschaften und die gesamte Verbindungsszene scheinen tief gespalten. Viele sind offenbar nicht mehr gewillt, das durch mehrere Skandale verfestigte Image einer überholten rechten Vereinigung hinzunehmen. Im Showdown der aktuellen Diskussion zwischen rechten und liberalen Burschen wird gerne die Tatsache übersehen, dass der Konflikt schon jahrelang nicht zu einem Bruch innerhalb der DB führte. So liberal die burschenschaftlichen Gegner der rechten Korporierten sich auch geben, sie waren und sind doch Träger derjenigen Werte, die alle Burschenschaften und andere Korporationen zusammenführen und das sind, um nur ein paar zu nennen: interne Hierarchien, antiegalitäres Denken und lebenslange Mitgliedschaft („Lebensbundprinzip“). Es lohnt deshalb auch abseits der Recherche persönlicher Beziehungen von Burschen zu Nazis, ein Auge auf studentische Verbindungen zu werfen.

#### In Berlin

So existiert in Berlin ein reges burschenschaftliches Verbandsleben mit all seinen Facetten und verschiedenen Verbindungen. Im Gegensatz zu vielen kleineren Universitätsstädten wird dies aber kaum in der Öffentlichkeit wahrgenommen und auch in der aktuell medial geführten Diskussion taucht Berlin nicht auf. Ein Grund dafür ist sicherlich das Verbot des öffentlichen Werbens oder Tragens der Couleur an Berliner Universitäten. Trotzdem existiert in Berlin mit circa 50 Verbindungen, von Turnerschaften, Sängerschaften, Landsmannschaften, Corps bis zu Burschenschaften ein sehr reges Verbandsleben. Vier dieser Burschenschaften, die Arminia, Märker, Thuringia und Gothia sind Mitglied der aktuell im Fokus der Öffentlichkeit stehenden DB. Lediglich die Gothia ist in der als rechter Flügel bekannten Burschenschaftlichen Gemeinschaft (BG) innerhalb der DB organisiert. Die Tatsache jedoch, dass Burschenschaften in Berlin viel weniger in der Öffentlichkeit auftreten und auch an den Universitäten kaum wahrzunehmen sind, bedeutet nicht, dass sie nicht aktiv sind.

#### Im Fokus

Der Gegenteil ist der Fall: Wer sich die Mühe machen würde, regelmäßig auf den Internetseiten der einzelnen Verbindungen oder in sozialen Netzwerken die Aktivitäten der Burschen zu verfolgen, dem oder der würde schnell auffallen, dass diese regelmäßig Veranstaltungen organisieren. Die Spannweite dieser Veranstaltungen reicht dabei von Sportveranstaltungen, sogenannten „Kneipen“, über unverfängliche politische Themen bis hin zu Geschichtsrevisionismus, Themen der Neuen Rechten und der Einladung von bekannten Antisemiten. Besonders heftige Beispiele finden sich bei der Gothia, die bereits Personen wie den Holocaustleugner Horst Mahler, Geschichtsrevisionisten wie Hans-Hellmuth Knütter und Alfred Mechttersheimer (siehe Fight Back Ausgabe 04) sowie Peter Feist, Mitglied der antisemitischen „Volksinitiative“ von Jürgen Elsässer und Autor im verschwörungstheoretischen Homilius Verlag eingeladen hat. Aber auch andere Burschenschaften organisieren regelmäßig politische Vorträge mit Themen oder Gästen aus rechtspopulistischen Kreisen. Für Letzteres lässt sich eine Vielzahl an Beispielen finden. Exemplarisch seien hier einige wenige erwähnt: So richteten die Märker 2003 das Sommerfest der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ aus, im Januar 2012 organisierte die Arminia einen Abend zum Thema „Das Diktat von Versailles“ mit anschließendem Filmabend und die Thuringia lud im Mai 2011 zum Thema „Deutsche Schuld 1933-1945?“ mit Prof. Dr. jur. Konrad Löw, einen Antimarxisten, der geschichtsrevisionistische Thesen über die deutsche Schuld verbreitet, denn Schuld am Holocaust hätten nämlich nicht die Deutschen, sondern nur eine kleine Gruppe von Nazis. Schon an diesen wenigen Beispielen kann man sehen, was sich bei Verbindungen immer wieder abzeichnet. Sie bieten einem rechtskonservativem Geschichtsbild und einer Gesellschaftsvorstellung eine Plattform, das selbst in der CDU nicht mehr mehrheitsfähig ist. So ist es auch nicht erstaunlich, dass Mitglieder der „Aktion Linkstrend stoppen“ gerade dort offene Ohren für ihre Thesen zu finden hoffen und über die Möglichkeit einer neuen Partei rechts neben der CDU nachdenken können. Burschenschaften nehmen eine Art Scharnierfunktion zwischen Konservativen und Rechtspopulist\_innen ein und es überrascht nicht, dass sich gerade bei der Gothia auch Verbindungen bis hin zu Nazis nachweisen lassen. Es reicht aber nicht diese Verbindungen lediglich zu diffamieren, denn dass die Burschenschaften der BG die Spitze des Eisbergs sind, steht zwar außer Frage, diese Spitze gehört dann aber doch zu dem Berg, der sowohl durch seine politische Betätigung, als auch durch vermeintlich unpolitische Wertvorstellungen als Ganzes zu kritisieren wäre.



# Flucht aus der Islamischen Republik

## Referat für Internationalismus

Wider den Kulturrelativismus.

Ein Beitrag zu einer akademischen Debatte.

In der Islamischen Republik Iran zählt ein Menschenleben nicht viel. Seit die Mullahs 1979 ihr Regime etablierten ist das geltende Recht die Sharia. Das bedeutet, dass Männer ab fünfzehn Jahren und Mädchen ab neun Jahren mit dem Tode bestraft werden können, sofern sie sich zum Beispiel der Gotteslästerei, Apostasie, Homosexualität oder des Ehebruchs (hier nur die Frauen) schuldig gemacht haben. Offiziellen Angaben aus dem Iran zufolge wurden 2011 390 Menschen nach einem Gerichtsbeschluss hingerichtet, andere Quellen berichten von bis zu 274 weiteren<sup>1</sup>. Damit ist der Iran nach China das Land, das die meisten Todesurteile vollstreckt hat; und das Land, das in Relation zu seiner Bevölkerungsanzahl weltweit am häufigsten zur Todesstrafe greift. Der allergrößte Teil der Hingerichteten wurden des Drogenhandels und -konsums bezichtigt, was nach internationalem Standard nicht unter die Kategorie „besonders schwere Verbrechen“ fällt. Dies trifft besonders die armen und marginalisierten Bevölkerungsteile Irans, vor allem afghanische MigrantInnen. Die Todesstrafe ist allerdings als politisches Kampfmittel nicht zu unterschätzen. Wie man im Iran mit politischen Differenzen umgeht, ist spätestens seit 1988 bekannt. Damals wurden mindestens zweitausend politische Gefangene – hauptsächlich AnhängerInnen der Volksmujahedin, aber auch zahlreiche AnhängerInnen linksgerichteter Gruppen – innerhalb von fünf Monaten erhängt<sup>2</sup>. Auch viele der im Zuge der breiten Proteste gegen die Wahlfälschungen von 2009 festgenommenen AktivistInnen, die zu großen Teilen dem studentischen Milieu zuzurechnen sind, mussten mit ihren Leben bezahlen, sofern sie nicht noch heute auf die Vollstreckung warten.

Von einer Fairness der Gerichtsverfahren ist schon angesichts der Tatvorwürfe nicht zu sprechen. Die Verfahren sind einem rechtsstaatlichen Standard in etwa so nahe wie iranische Wahlen den Wahlen in bürgerlich demokratischen Staaten. Gerade bei politischen Verhandlungen sind Rechtsbeistände für die Angeklagten äußerst selten. Mangelt es an Beweisen, werden Geständnisse durch Folter erzwungen<sup>3</sup>.

Die am häufigsten angewandte Form der Hinrichtung ist die Tötung durch den Strang. Der Strang wird dabei nach dem Anlegen hoch gezogen, sodass der Tod durch Erstickten oft erst nach Minuten eintritt<sup>4</sup>. Die besonders oft bei Ehebrecherinnen angewandte Steinigung ist in den letzten Jahren zur Seltenheit geworden, was durch das Echo in westlichen Medien zu erklären ist. Wie im Fall der Sakineh Mohammadi Ashtiani wurde aufgrund des entstandenen Aufsehens die Steinigung in ein noch ausführendes Erhängen geändert. Weniger internationales

Aufsehen erregen die drakonischen Strafen, die die Sharia für jene vorsieht, die weiter leben dürfen. Öffentliche Auspeitschungen für Oppositionelle, Amputationen für Diebe und andere erniedrigende Praktiken, die der Volksermahnung dienen, sind keine Seltenheit<sup>5</sup>.

### Relatives Leid

Bei all dem Grauen, das derartige Fakten und Praktiken in einem auslösen, darf nicht vergessen werden, dass dies nur einige der Entäußerungen eines menschenverachtenden Regimes sind. Es ist selbstverständlich zu begrüßen, wenn internationale Kampagnen Druck aufbauen, der Todesurteile im Iran abzuwandeln oder aufzuheben vermag. Dennoch ist es offensichtlich, dass die Abschaffung der Todesstrafe in der Islamischen Republik eine niemals durchzusetzende Forderung sein wird. Selbst das rechtskonforme Leben unter dem Regime ist stets durch die Androhung von Repressalien und Verurteilung bestimmt. So wie die Frauenunterdrückung durch den Kopftuchzwang ihren Höhepunkt in der Steinigung der Frauen, die selbstbestimmt leben möchten, findet, ist jede von der islamistischen Norm abweichende Haltung im Alltag von Ächtung und Gewalt bedroht. Partys, Alkoholkonsum, westliche Musik<sup>6</sup>, das Halten von Hunden<sup>7</sup>, selbst Händchenhalten in der Öffentlichkeit sind geächtet oder stehen unter Strafe.

Es ist die ideologische Schnittstelle zwischen KulturrelativistInnen, VölkerrechtlerInnen, EthnopluralistInnen<sup>8</sup> und einigen selbsternannten AntirassistInnen, in der sie sich alle in einer Sache einig sind: In die Angelegenheiten eines „Volkes“ solle man sich nicht einmischen. Dass im Iran Menschen gefoltert werden, läge entweder am Wesen oder auch an der Entscheidung der IranerInnen selbst. Menschenrechte für China: Toll, aber nicht ohne die kulturellen Modifikationen. Um nicht in „eurozentrischer“ Manier eine normative Vorstellung einem bestimmten „Volk“ einfach überzustülpen, müsse man im Falle Chinas von „kollektiven“ Menschenrechten sprechen; d.h. einem Menschenrecht, das zunächst nicht das Wohlergehen des einzelnen Menschen, sondern das des Kollektivs schützt. Was genau das bedeutet, darf wohl die KP entscheiden.

Dabei ist es gerade rassistisch anzunehmen, die „Kultur“ würde aus Menschen grundlegend unterschiedliche Wesen machen. Wer sagt, dass die Kultur etwas derart in die Natur des Menschen eingehendes wäre, dass selbst das durch ein brutales Regime zugefügte Leid nur im Kontext der kulturellen Prägung seiner Unterdrückten zu betrachten sei, meint eigentlich nicht „Kultur“,

sondern „Rasse“. Eine derart rassistische Vorstellung verbirgt sich nicht selten hinter vermeintlich antirassistischen Argumentationen: Etwa bei der Rede von der „Islamophobie“ oder dem „antimuslimischen Rassismus“: Die Zugehörigkeit zum Islam wird als unveräußerliche Natureigenschaft wie Hautfarbe oder Herkunft angenommen. So gedacht liegt die Annahme nicht fern, dass die im Iran wegen Abfallens vom Glauben zu Tode verurteilten Menschen eines natürlichen Todes sterben würden.

Die VertreterInnen dieser Ideologien entblößen sich insbesondere da, wo sie ihre Tendenz offenbaren, den fallenden Regimes der so genannten Dritten Welt zur Seite zu stehen<sup>9</sup>. Müsste man aus der beschriebenen Logik doch wenigstens folgern können, die Menschen der jeweiligen Länder müssten auch selbst in der Lage sein, das unmenschliche Leben durch politische Umstürze zu beenden, wird im Gegenteil bis zum Ende an der Herrschaft Assads in Syrien festgehalten und der Terror Chameneis und Ahmadinedschads im Iran gerechtfertigt. Der Grund solcher eisernen Bündnisse ist nicht der Wunsch nach dem Wohl der Menschen, sondern Resentiment gegen den Westen und das Bejubeln antiwestlicher Bastionen, wie der Iran eine sein will.

### Flucht ins Gefängnis

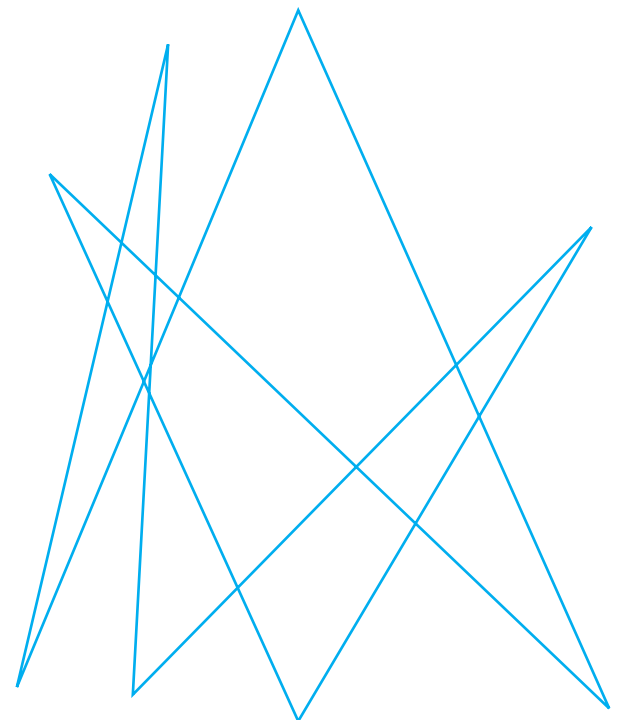
Dass viele Menschen im Iran und anderswo nicht unter den gegebenen Verhältnissen leben wollen, sondern sehr wohl ein vergleichsweise freies Leben nach westlichem Vorbild führen wollen, zeigt sich nicht nur in Teilen der Aufstände von 2009 im Iran oder des „arabischen Frühlings“ in Nordafrika. Auch Flüchtlinge, die entweder aufgrund von Verfolgung in ihren Heimatländern, oder wegen des Unwillens, weiterhin ein wenig erfülltes Leben führen zu müssen, in westliche Industrieländer fliehen<sup>10</sup>. Diesen Menschen die Möglichkeit zur Flucht zu gewähren ist das Mindeste an Unterstützung, das im Sinne einer am Menschen interessierten Politik geleistet werden muss.

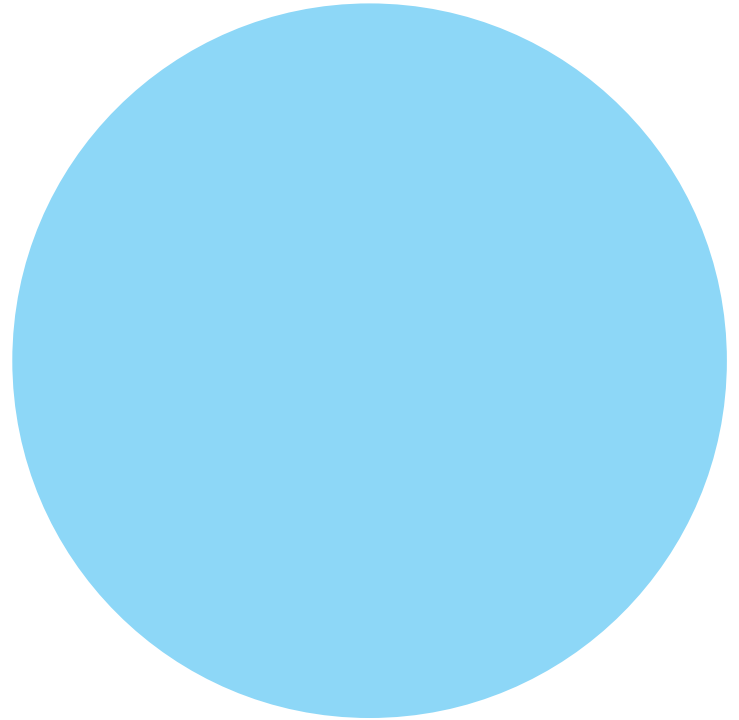
Zehn jener iranischer Flüchtlinge demonstrieren dieser Tage in der Innenstadt Würzburgs gegen die unmenschliche Behandlung, die ihnen wiederum in Deutschland systematisch widerfährt, seit sie die vermeintlich rettende deutsche Grenze erreicht haben. Im März verließen sie ihre Gemeinschaftsunterkünfte am unscheinbaren Rande der Stadt, um ihr Elend für alle sichtbar zu machen. In den Gemeinschaftsunterkünften, in denen ein\_e AsylbewerberIn zu wohnen verpflichtet ist, müssen bis

zu acht Menschen in kleinen Räumen leben – ohne die Erlaubnis zu arbeiten, zu studieren oder gar vom ersten Tag an Deutsch zu lernen. Die Residenzpflicht verbietet ihnen ihren Landkreis zu verlassen, um etwa Familienmitglieder besuchen zu können, die anderen Landkreisen zugewiesen wurden. Das Essen darf nicht selbst eingekauft werden, sondern wird in Essenspaketen geliefert. Die Verfahren, an deren Ende die Flüchtlinge erfahren, ob sie anerkannt werden oder ob die Abschiebung in die Herkunftsländer ansteht, können Monate oder sogar Jahre dauern. Die Flucht erfolgt also oftmals von einem Gefängnis in das nächste.

Es sind sehr drastische Mittel, deren sich die Protestierenden bedienen – manche von ihnen befinden sich schon im dritten Hungerstreik, zwei haben sich vor kurzem die Mäuler zugenäht. Der hohe Preis wird allerdings nicht umsonst gezahlt: Sechs der Zehn Asyl-anträge wurden auf öffentlichen Druck hin kurzfristig bewilligt. Das zeigt, dass die lange Verfahrensdauer nicht zwingend ist. Um ihren Forderungen Gewicht zu verleihen, wurde eine Petition ins Leben gerufen, auf die auf ihrer Homepage verwiesen wird<sup>11</sup>.

Der Iran ist bei weitem nicht das einzige Land, in dem die Rückkehr für Flüchtlinge zunächst keine Option sein kann. Politischer Druck kann leisten, ihnen das Exil oder das neue Zuhause so angenehm wie möglich zu gestalten.





Fußnoten:

1 Vgl. [www.amnesty.de/jahresbericht/2012/iran](http://www.amnesty.de/jahresbericht/2012/iran)

2 Vgl. [www.amnesty.org/en/library/info/MDE13/021/1990/en](http://www.amnesty.org/en/library/info/MDE13/021/1990/en)

3 Siehe [www.zeit.de/online/2009/33/iran-folter](http://www.zeit.de/online/2009/33/iran-folter)

4 Siehe Fußnote 2

5 [www.amnesty.de/jahresbericht/2012/iran](http://www.amnesty.de/jahresbericht/2012/iran)

6 Interessant in dem Zusammenhang ist, dass die iranische Metal-Szene aufgrund der durch das Regime verhängten Verbote nur im Untergrund verkehrt und damit zwangsläufig zur Opposition gehört – sie ist so wohl die politischste Metalszene der Welt. Vgl. [http://powermetal.de/content/artikel/show-Als\\_Metalhead\\_im\\_Iran,6695-1.html](http://powermetal.de/content/artikel/show-Als_Metalhead_im_Iran,6695-1.html)

7 Vgl. [www.readers-edition.de/2012/04/26/iran-erneut-haushunde-von-sicherheitskraeften-beschlagnahmt/](http://www.readers-edition.de/2012/04/26/iran-erneut-haushunde-von-sicherheitskraeften-beschlagnahmt/)

8 Der Ethnopluralismus ist eine Ideologie der Neuen Rechten. Ihr zufolge sollen Ethnien bzw. Völker (früher: „Rassen“) auf dem ihnen zukommenden Gebieten selbstbestimmt und ohne Vermischung mit anderen leben. Das vorgegebene Ziel ist zunächst ein Gleichberechtigtes Nebeneinander der verschiedenen Völker – obwohl diese Vorstellung in der rechten Szene kontrovers diskutiert wird.

9 Solche Positionen finden sich gleichermaßen zahlreich in der rechten wie auch der linken Szene. Der markanteste Vertreter, da er beides in sich vereint, heißt Jürgen Elsässer.

10 Hiermit soll nicht angedeutet werden, dass die Situation der Länder der „Dritten Welt“ hauptsächlich ihnen selbst oder den in ihnen lebenden Menschen angelastet werden sollte. Die Gründe für wirtschaftliche Benachteiligung einzelner Staaten sind zwar von Fall zu Fall zu bestimmen, müssen aber auch in Hinblick auf die asymmetrische Einbindung in die internationalen Wirtschaftsordnung als auch hinsichtlich historischer Ursachen geprüft werden.

11 [www.gustreik.blogspot.eu](http://www.gustreik.blogspot.eu)

---

# **Allgemeine Rechtsberatung**

**Termine: Juni, Juli, August, September & Oktober 2012**

**Immer mittwochs von 18.00 bis 20.00 Uhr in der  
Monbijoustr. 3 im Raum 16**

## **JUNI 2012**

27.06. Strafrecht, Zivilrecht RA Ols Weidmann

## **JULI 2012**

04.07. Zivilrecht, Arbeitsrecht, Familienrecht RA Stefan Markschläger  
Ausländer\_innenrecht RA Volker Gerloff

11.07. Strafrecht, Zivilrecht RA Ols Weidmann

18.07. Zivilrecht, Mietrecht, Verwaltungsrecht RA Benjamin Raabe

25.07. Strafrecht, Zivilrecht RA Sven Lindemann

## **AUGUST 2012**

08.08. Zivilrecht, Arbeitsrecht, Familienrecht RA Stefan Markschläger  
Ausländer\_innenrecht RA Volker Gerloff

22.08. Strafrecht, Zivilrecht RA Sven Lindemann

## **SEPTEMBER 2012**

05.09. Zivilrecht, Mietrecht, Verwaltungsrecht RA Benjamin Raabe  
Ausländer\_innenrecht RA Volker Gerloff

19.09. Strafrecht, Zivilrecht RA Ols Weidmann

## **OKTOBER 2012**

10.10. Zivilrecht, Arbeitsrecht, Familienrecht RA Stefan Markschläger  
Ausländer\_innenrecht RA Volker Gerloff

17.10. Strafrecht, Zivilrecht RA Ols Weidmann

Hier beraten Studierende zu fast allen Problemen, die während des Studiums auftauchen können.  
Bitte beachtet, dass die Öffnungszeiten unter Umständen während des Semesters geändert werden!  
Aktueller Stand: [www.refrat.de/beratung](http://www.refrat.de/beratung)  
Telefonische Erreichbarkeit nur während der Sprechzeit.



# STUDENTISCHE SOZIALBERATUNG

an der Humboldt-Universität

## Allgemeine Sozialberatung

Mitte: Monbijoustr. 3, Raum 16  
Tel.: 030 / 20 93 - 19 86  
Email: [beratung.allgemein@refrat.hu-berlin.de](mailto:beratung.allgemein@refrat.hu-berlin.de)  
[www.refrat.de/beratung.allgemein](http://www.refrat.de/beratung.allgemein)  
Adlershof: Rudower Chaussee 25, Haus 2, Raum 324  
Tel.: 030 / 2093 - 54 76  
[www.refrat.de/beratung.ahof](http://www.refrat.de/beratung.ahof)

### Sprechzeiten

Mitte: Mittwochs 14-16 Uhr  
Adlershof: Dienstags 10-14 Uhr (nicht in den Semesterferien)

## Allgemeine Rechtsberatung

RechtsanwältInnen mit jeweils unterschiedlichen Schwerpunkten

Monbijoustr. 3, Raum 16

### Aktuelle Schwerpunkte:

[www.refrat.de/beratung.recht.termine](http://www.refrat.de/beratung.recht.termine)  
oder im RefRat erfragbar: (030) 2093 -2603 oder -2614

### Sprechzeiten

Mittwochs 18-20 Uhr  
Während der Semesterferien: Mittwochs vierzehntägig, 18-20 Uhr

## Rechtsberatung zu Hochschul- und Prüfungsrecht

Dorotheenstraße 17, Raum 2 (Beratungsraum im RefRat)

### Aktuelle Termine unter:

(030) 2093 -2603 oder -2614  
[www.refrat.de/beratung.hoporecht](http://www.refrat.de/beratung.hoporecht)

## Semesterticketbüro

Mitte: Invalidenstr. 110, Räume: 533 und 535 (Neue Adresse!)

Tel.: 030 / 20 93 - 70296  
Fax: 030 / 20 93 - 70299  
[semtix@refrat.hu-berlin.de](mailto:semtix@refrat.hu-berlin.de)  
[www.semtix.de](http://www.semtix.de)

Adlershof: Rudower Chaussee 25, Haus 2/Raum 324

Tel.: 030 / 20 93 - 54 76  
[semtix@refrat.hu-berlin.de](mailto:semtix@refrat.hu-berlin.de)  
[www.semtix.de](http://www.semtix.de)

### Sprechzeiten

Mitte:  
Für Studierende der HU:  
Montags 12:30-15:30 Uhr; Mittwochs 12:30-19 Uhr  
Januar, Februar, Juni und Juli:  
Montags, Dienstags und Freitags 12-15 Uhr, Mittwochs 12-19 Uhr  
Für Studierende der Kunsthochschule Weißensee:  
Donnerstags 16-18 Uhr  
Adlershof:  
Donnerstags 10:45-15 Uhr (nur Januar, Februar, Juni und Juli)

## Arbeitsrechtliche Anfangsberatung

Monbijoustr. 3, Raum 5  
Tel.: 030 / 20 93 - 21 45  
[beratung.arbeit@refrat.hu-berlin.de](mailto:beratung.arbeit@refrat.hu-berlin.de)  
[www.refrat.de/beratung.arbeit](http://www.refrat.de/beratung.arbeit)

### Sprechzeiten

Mittwochs und Donnerstags 14-18 Uhr  
März, August und September: nur Mittwochs 14-18 Uhr

## Beratung zu BAföG und Unterhalt

Monbijoustr. 3, Raum 15  
Tel.: 030 / 20 93 - 10 60  
[beratung.bafog@refrat.hu-berlin.de](mailto:beratung.bafog@refrat.hu-berlin.de)  
[www.refrat.de/beratung.bafog](http://www.refrat.de/beratung.bafog)

### Sprechzeiten

Montags und Donnerstags 14-18 Uhr; Mittwochs: 10-18 Uhr  
März, August und September: nur Mittwochs 10-16 Uhr

## Beratung für ausländische Studierende

Monbijoustr. 3, Raum 6  
Tel.: 030 / 20 93 - 10 62  
[beratung.auslaenderinnen@refrat.hu-berlin.de](mailto:beratung.auslaenderinnen@refrat.hu-berlin.de)  
[www.refrat.de/beratung.auslaenderinnen](http://www.refrat.de/beratung.auslaenderinnen)

### Sprechzeiten

Montags, Mittwochs und Donnerstags 12-16:30 Uhr  
März, August und September: nur Mittwochs 12:30-16:30 Uhr und n.V.

## Beratung für Studierende mit Kind(ern)

Monbijoustr. 3, Raum 16  
Tel.: 030 / 20 93 - 19 86  
Email: [beratung.kind@refrat.hu-berlin.de](mailto:beratung.kind@refrat.hu-berlin.de)  
[www.refrat.de/beratung.kind](http://www.refrat.de/beratung.kind)

### Sprechzeiten

Montags 12-15:30 Uhr; Mittwochs 10-13:30 Uhr  
März, August und September: nur Mittwochs 9-13:30 Uhr und n.V.

## Beratung für Studierende mit Behinderung / chronischer Erkrankung Enthinderungsberatung

Monbijoustr. 3, Raum 5  
Tel.: 030 / 20 93 - 21 45  
[beratung.enthinderung@refrat.hu-berlin.de](mailto:beratung.enthinderung@refrat.hu-berlin.de)  
[www.refrat.de/beratung.enthinderung.html](http://www.refrat.de/beratung.enthinderung.html)

### Sprechzeiten

Montags 13:30-18 Uhr; Mittwochs 9-13:30 Uhr  
März, August und September: nur Mittwochs 9-13:30 Uhr und n.V.

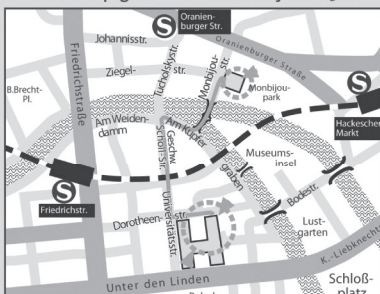
## Überforderungsberatung

Monbijoustr. 3, Raum 16  
Tel.: 030 / 20 93 - 19 86  
[ueberforderung@refrat.hu-berlin.de](mailto:ueberforderung@refrat.hu-berlin.de)

### Sprechzeiten

1. und 3. Donnerstag im Monat 17-19 Uhr

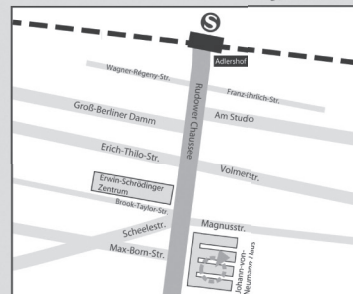
Mitte – Hauptgebäude und Monbijoustr. 3

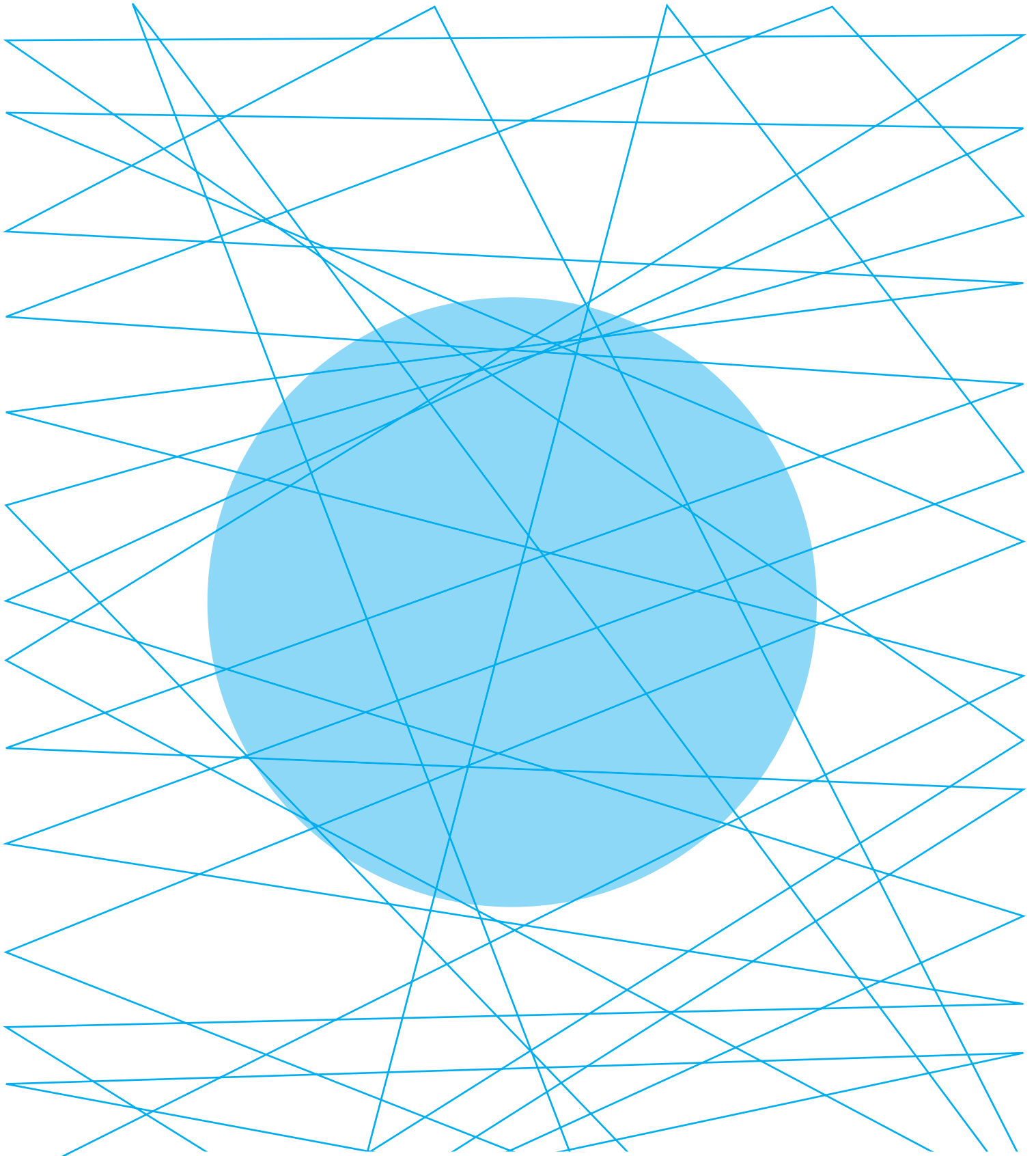


Mitte – Invalidenstr. 110



Adlershof – Rudower Chaussee 25, Haus 2





#### Impressum

„A dynamic university in a modern population centre simply can't be isolated from the realities, human or otherwise, that surround it.“  
Hunter S. Thompson

Anschrift: HUCH! Zeitung der Studentischen Selbstverwaltung  
Unter den Linden 6, 10099 Berlin // [huch@refrat.hu-berlin.de](mailto:huch@refrat.hu-berlin.de) // [www.refrat.de/huch](http://www.refrat.de/huch)

HerausgeberIn: ReferentInnenrat der Humboldt-Universität zu Berlin (ges. AStA).

Redaktion: Tobias Becker, Elisabeth Lambrecht (V.i.S.d.P.), Referat für Internationalismus, Referat für Antifaschismus, Anna-Lin Karl, Arbeiterkind,  
Layout und Illustrationen: Lukas Mertens, Druck Union Druck, Auflage 3.000

Alle Beiträge stehen, soweit nicht anders angegeben, unter Creative Commons License.

Verwendung und Bearbeitung unter folgenden Bedingungen:

/// Angabe der Autorin oder des Autors /// Nichtkommerzielle Verwendung /// Weiterverwendung unter den gleichen Bedingungen

Die einzelnen Artikel geben im Zweifelsfall nicht die Meinung der Redaktion und/oder des gesamten RefRats wieder. Für die Selbstdarstellungen studentischer Initiativen sind weder die Redaktion noch der RefRat verantwortlich.

Redaktionsschluss für die Nr. 74 ist der 15. September 2012